
Inhaltsverzeichnis

Teil I Einführung	1
Politik und Wirtschaft analysieren: Ein integrativer Ansatz	3
Karsten Mause, Christian Müller und Klaus Schubert	
Teil II Ideen – Ordnungen – Theorien	19
Politische und ökonomische Theorie- und Ideengeschichte	21
Fritz Söllner, Alexander Stulpe und Gary S. Schaal	
Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen	89
Martin Brusis und Joachim Zweynert	
Varianten des Institutionalismus	115
Agnes Orban, Jan Sauermann und Christine Trampusch	
Teil III Aufgaben der Wirtschaftspolitik	145
Allokation: Marktversagen und Staatstätigkeit	147
Karsten Mause und Christian Müller	
Distribution: (Um-)Verteilungspolitik	191
Jörg Althammer und Tanja Klenk	
Stabilisierung: Konjunktur- und Wachstumspolitik	219
Albrecht F. Michler und Till van Treeck	
Der Faktor „Führung“: Unternehmerische vs. politische Führung	247
Manuela Glaab und Jochen Koch	

Teil IV Politikfelder	265
Finanzpolitik	267
Oliver Pamp und Jan Schnellenbach	
Geldpolitik und Finanzmärkte	297
Ulrich Hamenstädt und Dirk Wentzel	
Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik	333
Silke Bothfeld und Werner Sesselmeier	
Wettbewerb und Regulierung	375
Oliver Budzinski und Sandra Eckert	
Umweltpolitik	401
Thomas Döring und Annette Elisabeth Töller	
Energiepolitik	431
Cornelia Fraune und Andreas Löschel	
Verkehrs- und Infrastrukturpolitik	451
Sonja Rinne, Lyn Pleger und Fritz Sager	
Verbraucherpolitik	473
Christoph Strünck und Lucia A. Reisch	
Bildungspolitik	497
Josef Schmid und Michael Schuhen	
Gesundheitspolitik	523
Thomas Gerlinger und Dirk Sauerland	
Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat	557
Lothar Funk und Sven Jochem	
Teil V Fazit	595
Auf dem Weg zu einer „Integrativen Politischen Ökonomie“?	597
Karsten Mause, Christian Müller und Klaus Schubert	

Politik und Wirtschaft analysieren: Ein integrativer Ansatz

Karsten Mause, Christian Müller und Klaus Schubert

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Begriffliche und konzeptionelle Grundlagen	6
3	Zweck dieses Handbuchs: Integrativer Ansatz	9
4	Struktur des Buches	11
5	Dank	14
	Literatur	15

Zusammenfassung

Zum Themenkomplex „Politik und Wirtschaft“ liegt eine umfangreiche Literatur vor, zu der Ökonomen, Politikwissenschaftler und andere Gesellschaftswissenschaftler zahlreiche Bücher und Aufsätze beigetragen haben. Diese Beiträge wurden zumeist aus der Perspektive einer Wissenschaftsdisziplin verfasst: d. h. in der Regel entweder von Ökonomen oder Politikwissenschaftlern. Das vorliegende Handbuch „Politik und Wirtschaft: Ein integratives Kompendium“ verfolgt daher explizit einen integrativen Ansatz. Die einzelnen Beiträge zu verschiedenen Aspekten des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft wurden

K. Mause (✉)

Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster, Münster, Deutschland

E-Mail: karsten.mause@uni-muenster.de

C. Müller

Centrum für Interdisziplinäre Wirtschaftsforschung, Universität Münster, Münster, Deutschland

E-Mail: christian.mueller@wiwi.uni-muenster.de

K. Schubert

Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster, Münster, Deutschland

E-Mail: klaus.schubert@uni-muenster.de

gemeinsam von interdisziplinären, aus Politik- und Wirtschaftswissenschaftlern bestehenden Autorenteams verfasst. Dieses Einführungskapitel gibt einen Überblick über das Handbuch und dessen Einzelkapitel.

Schlüsselwörter

Politik · Wirtschaft · Politikwissenschaft · Wirtschaftswissenschaften · Interdisziplinarität

1 Einleitung

Wissenschaftlicher Fortschritt zeigt sich vor allem in einer zunehmenden Ausdifferenzierung – eine Ausdifferenzierung, die insbesondere in den disziplinären Teilbereichen und Untergliederungen stattfindet und dort, wo die disziplinären Ränder an Nachbardisziplinen stoßen. Das aktuelle Beispiel für die Wirtschaftswissenschaften ist der Boom der sog. Verhaltensökonomik bzw. Behavioral Economics, ein Tandem von Ökonomie und Psychologie, das tradierte wirtschaftswissenschaftliche Überzeugungen massiv in Frage stellt (siehe z. B. Kahneman 2012; Beck 2014; Müller und Otter 2015). In der Politikwissenschaft ist das – zumindest wenn man auf beratungs- und lösungsorientiertes wissenschaftliches Wissen fokussiert – die Politikfeldanalyse bzw. Policy Analysis, die danach fragt, welche spezifischen, fachwissenschaftlichen (Teil-)Beiträge unterschiedlicher Disziplinen notwendig sind, um tragfähige politische Ergebnisse erzielen zu können (siehe z. B. Schubert und Bandelow 2014; Wenzelburger und Zohnhöfer 2015). Es ist also ein seltsames Paradoxon, dass sich einerseits die verschiedenen Fachdisziplinen – hier die Politikwissenschaft und die Wirtschaftswissenschaften – eigenständig weiterentwickeln und sich immer weiter voneinander zu entfernen scheinen, aber andererseits in vielerlei Hinsicht interagieren, sich aufeinander beziehen und oft gerade in der Kombination neue, innovative Erkenntnisse fördern.

Auf der konkreten, also nicht fachwissenschaftlich abstrahierenden Ebene von Politik und Wirtschaft wird das enge Verhältnis beider Seiten noch deutlicher. Politik und Wirtschaft erscheinen hier sozusagen als ein „Geschwisterpaar“, das – gleich oder ungleich – immer miteinander verbunden und – rivalisierend oder kooperierend – immer aufeinander angewiesen ist. Nicht jeder mag diese Metapher. Aber an dem Faktum, dass es sich bei Politik und Wirtschaft um ein immer wieder neu zu bestimmendes, in der konkreten Praxis aber nicht auflösbares Verhältnis handelt, kommen weder Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft noch Politikerinnen und Politiker, weder Ökonominnen und Ökonomen noch Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler vorbei.¹ Aber auch hier tritt das o. g. Paradoxon auf und wäre es völlig falsch, die Unterschiede und Diskrepanzen zwischen den jwei-

¹Aus Gründen der Lesbarkeit wird im Folgenden und auch in allen anderen Kapiteln des vorliegenden Handbuchs in der Regel darauf verzichtet, bei Personenbezeichnungen „Gender-gerecht“ beide Geschlechter zu nennen. Das an manchen Stellen im Text sprachlich diskriminierte Geschlecht ist also selbstverständlich jeweils mit eingeschlossen.

ligen Gegenstandsbereichen – Politik und Wirtschaft – und den jeweiligen wissenschaftlichen Disziplinen – Politikwissenschaft und Ökonomik – klein zu reden.

Dabei ist es wissenschaftsgeschichtlich gar nicht so lange her, dass die beiden Disziplinen die gemeinsamen Wurzeln in der praktischen Philosophie lösten und getrennte Wege gingen. Die Emanzipation der modernen Wirtschaftswissenschaften ist eng mit den dramatischen Erfolgen des sich entwickelnden Industriezeitalters und dem Aufstieg des Kapitalismus verbunden. Der Beginn des Siegeszuges als wissenschaftliche Disziplin lässt sich vergleichsweise präzise bestimmen: Es ist der Zeitpunkt, an dem sich die Vertreter der sog. Grenznutzentheorie gegenüber anderen historischen, philosophischen oder politisch-ökonomischen Theorien und Denkschulen durchsetzten (siehe dazu ausführlicher Söllner et al. 2017 in diesem Handbuch). Diese Hinwendung zum abstrakt-logischen Denken ist der Beginn einer völlig eigenständigen Theorieentwicklung in den modernen Wirtschaftswissenschaften. In praktischer Hinsicht verbindet sich diese Neuausrichtung mit den Erfolgen und Errungenschaften der modernen Technik- und Naturwissenschaften, so dass forthin von einem technisch-ökonomischen Siegeszug gesprochen werden kann. Ein Siegeszug, bei dem die rationale Durchdringung „der Welt“ insbesondere aber des eigenen Gegenstandsbereiches – bis hin zur Mathematisierung und völlig abstrakten Modellbildung – im Vordergrund steht. Erst in jüngster Zeit und als Folge der letzten großen Wirtschaftskrise mehren sich die Anzeichen, dass auch Teile des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams bereit sind, sich grundlegender Kritik zu stellen und ehemalige Dogmen ernsthaft zu überprüfen (Caspari und Schefold 2011; Plickert 2016; Gloger 2016).

Die Emanzipation der modernen Politikwissenschaft kann mit den nachhaltigen Erfolgen der Wirtschaftswissenschaften nicht mithalten. Sicher hat sie ganz erheblich dazu beigetragen, die politischen Grundlagen und wichtigsten Institutionen moderner liberal-demokratischer Gesellschaften zu begründen und zu schaffen. Darüber hinaus schultert sie die (in ihrer Bedeutung völlig unterschätzte) politische Bildung und begleitet das politische Geschehen auf der Basis hoch elaborierter Methodenstandards. Aber der Mainstream des Faches Politikwissenschaft steht doch in einem eher distanzierten Verhältnis zu seinem Gegenstandsbereich. Unter den vielfältigen Begründungen hierfür treten drei Aspekte besonders hervor, auf die kurz eingegangen sei.

Erstens entwickelte sich die Politikwissenschaft als moderne Disziplin in scharfer Abgrenzung zu illiberalen und autoritären Bestrebungen und diktatorischen Regimen (Bleek 2001; Hartmann 2003). Ob aufgrund äußerer Bedingungen in der Defensive oder zu gegebener Zeit in der Offensive entwickelt sie dabei ihr Eigenverständnis als Hüterin von Freiheit, Demokratie und Verfassung. Diese „Watchdog-Funktion“ richtet sich nicht nur auf die politisch-gesellschaftliche Öffentlichkeit, sondern gerade auch auf die in politischen Ämtern und Institutionen Tätigen, das sog. politische „Establishment“. Diese Haltung ist durchaus historisch begründet und darf nicht einseitig als „linke“ Attitüde des Faches missinterpretiert werden. Fachwissenschaftlich resultiert vielmehr eine doppelte Distanzierung: Aus der empirisch-analytischen Perspektive rückt das Beobachten und wissenschaftszentrierte Erklären in den Vordergrund, aus normativer Sicht das Kontrollieren, Kritisieren und

Warnen. Eine politikwissenschaftliche Perspektive, die konkret auf konstruktive Lernprozesse und die Verbesserung der politisch-instrumentellen Ausstattung, Verfahren und Prozesse ausgerichtet ist, steckt dagegen bestenfalls in den Anfängen.

Zweitens entsteht die moderne Politikwissenschaft (wie andere sozialwissenschaftliche Fächer) gerade in dem Moment, in dem nicht nur die dramatischen Erfolge des technisch-ökonomischen Fortschritts sichtbar werden, sondern auch dessen soziale Kosten dramatische Ausmaße angenommen haben und zu erheblichen politischen Verwerfungen führen. Der Politikwissenschaft fällt hier eine politisch-soziale Daueraufgabe zu, die auf Kompensation und Ausgleich jener „Kollateralschäden“ gerichtet ist, die dem rasanten technisch-ökonomischen Fortschritt geschuldet sind. Auch diese Aufgabe kann wiederum nur ignorant in das gängige Links-Rechts-Schema gepresst werden. Vielleicht reicht hier der Hinweis, dass der deutsche Sozialstaat eine konservative Gründung Otto von Bismarcks (1815–1898) ist, für den es in erster Linie darum ging, gesellschaftliche Stabilität, Gesundheit und Reproduktion der Bevölkerung als Grundlage politischer Macht und Herrschaft und als Voraussetzung enormer wirtschaftlicher Entwicklungen abzusichern.

Drittens und wissenschaftsintern äußerst wichtig definiert sich die moderne Politikwissenschaft als Teil der sog. Erfahrungswissenschaften. Ohne hier ins Detail zu gehen, ist das Besondere der Erfahrungswissenschaften, dass sich ihr Untersuchungsgegenstand prozessual – d. h. unter menschlichem Hinzutun – verändert und insofern abstrakten, raum- und zeitlosen Theorien nur begrenzte Gültigkeit zugewiesen wird. Gerade aus der Sicht des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstreams erscheint daher das politikwissenschaftliche Theorieverständnis üblicherweise als diffus. Lediglich im Bereich des wissenschaftlichen Methodenarsenals gibt es größere Schnittmengen zwischen den Fächern und hier kann erklärt werden, inwiefern sich politikwissenschaftliche Arbeit von der Meinungsbildung und vom „Politisieren“ des allgemeinen Publikums unterscheidet.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden zunächst einige politik- und wirtschaftswissenschaftliche Grundbegriffe/-konzepte vorgestellt. Die anschließenden Abschnitte dieses einleitenden Beitrags erläutern den spezifischen integrativen Ansatz sowie die Kapitelstruktur des vorliegenden Handbuchs.

2 Begriffliche und konzeptionelle Grundlagen

Die Wirtschaftswissenschaften und die Politikwissenschaft setzen sich vor allem mit den in ihren Fachbezeichnungen angesprochenen Gegenstandsbereichen auseinander. Die Wirtschaftswissenschaften, bestehend aus der Volkswirtschaftslehre und der Betriebswirtschaftslehre als Teildisziplinen, nehmen dementsprechend in erster Linie die Wirtschaft bzw. das Wirtschaftssystem in den Blick. Wirtschaftswissenschaftler werden oft auch als Ökonomen bezeichnet, die sich mit der Wirtschaft bzw. Ökonomie als Forschungsgegenstand auseinandersetzen. Zur Bezeichnung der Lehre oder Wissenschaft von der Wirtschaft bzw. Ökonomie wird in der

entsprechenden Fachliteratur auch der Begriff „Ökonomik“ verwendet (z. B. Samuelson und Nordhaus 2010; Kirchgässner 2013). Die Politikwissenschaft nimmt hingegen in erster Linie die Politik bzw. das politische System in den Blick. Im deutschen Sprachraum wird dieses Fach häufig auch als Politologie – als Wissenschaft oder Lehre von der Politik – bezeichnet. Über die Zeit haben sich verschiedene Subdisziplinen der Politikwissenschaft herausgebildet, die sich mit den vielen verschiedenen (Teil-)Aspekten der Politik auseinandersetzen. Exemplarisch seien hier nur die Subdisziplinen Politische Theorie, Politikfeld-Analyse (Gesundheitspolitik, Bildungspolitik usw.), Vergleichende Politikwissenschaft sowie Internationale Beziehungen/Außenpolitik genannt.

Über die genaue bzw. „korrekte“ Bezeichnung unterschiedlicher Teildisziplinen der Politikwissenschaft wird in Deutschland und anderen Ländern unter Fachvertretern ständig diskutiert. Beispielsweise kann man sich darüber streiten, ob das außenpolitische Handeln einer Regierung unter dem „Label“ Außenpolitik, Internationale Politik oder Internationale Beziehungen untersucht wird. Auch kommen von Zeit zu Zeit Teildisziplinen hinzu, um neuere Entwicklungen und Phänomene aufzugreifen (z. B. Politik und Internet) oder um bestimmte bekannte Phänomene genauer zu analysieren (z. B. Politik und Geschlechterverhältnis; Friedens- & Konfliktforschung). Trotz der mittlerweile existierenden Vielzahl an Teildisziplinen und Spezialisierungen sprechen wir hier und im Folgenden – dem üblichen Sprachgebrauch in dieser Disziplin folgend – jeweils nur von „der“ Politikwissenschaft im Singular (siehe aus dem breiten Angebot an Einführungen in dieses Fach z. B. Patzelt 2013; Bernauer et al. 2015; Lauth und Wagner 2016). Dagegen ist im Weiteren – ebenfalls dem üblichen Sprachgebrauch folgend – von „den“ Wirtschaftswissenschaften die Rede. Dies geschieht deshalb, da – zumindest im deutschen Sprachraum – zumeist strikt zwischen der Volkswirtschaftslehre (VWL; engl. Economics) und der Betriebswirtschaftslehre (BWL; engl. Business Administration, Business Management oder Business Economics) unterschieden wird. Ähnlich wie oben für die Politikwissenschaft skizziert, segeln unter den „Flaggen“ VWL und BWL inzwischen eine Vielzahl von Teildisziplinen und Spezialisierungen.

Die Wissenschaft oder Lehre von der Volkswirtschaft (d. h. VWL) untersucht z. B. das Verhalten einzelner Unternehmen und Privathaushalte auf Märkten (Mikroökonomik), den Zusammenhang zwischen den Aggregaten „Unternehmen“ und „Privathaushalte“ im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf (Makroökonomik) oder die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Volkswirtschaften bzw. Nationalökonomien (Internationale Wirtschaftsbeziehungen). Aus dem umfangreichen Angebot an Einführungen in die VWL sei z. B. auf Woll (2011); Mankiw und Taylor (2016); Samuelson und Nordhaus (2016) und Apolte et al. (2017) verwiesen. Innerhalb der BWL beschäftigt man sich hingegen vorwiegend mit unterschiedlichen Aspekten, die im Zusammenhang mit dem Betrieb von Wirtschaftsunternehmen eine Rolle spielen: u. a. Unternehmensführung (Management), Absatzwirtschaft (Marketing), kaufmännische Buchführung, Logistik oder Personalwirtschaft (siehe zur Einführung in die BWL z. B. Bitz et al. 2005; Neus 2015; Wöhe et al. 2016).

Die Wirtschaftswissenschaften beschäftigen sich freilich nicht nur mit „der“ Wirtschaft als ihrem zentralen Forschungsgegenstand, sondern berücksichtigen

vielfach auch, was in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie z. B. „der“ Politik passiert. So wird das Handeln von Wirtschaftsunternehmen und Konsumenten nicht selten von Entscheidungen beeinflusst, die im politischen System getroffen wurden (z. B. staatliche Vorschriften und Regulierungen; Etling und Mause 2012). Umgekehrt gehört es zum politischen Alltag, dass Wirtschaftsunternehmen und Konsumenten über ihre jeweiligen Interessenverbände versuchen, den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu ihren Gunsten zu beeinflussen (Stichwort „Lobbying“). Von daher ist es wenig überraschend, dass die Untersuchung des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft spätestens seit Adam Smith (1776/2005) auch ein wichtiger Teilbereich der Wirtschaftswissenschaften ist. So ist z. B. das Fach „Wirtschaftspolitik“ (engl. Economic Policy) an einigen Hochschulen fester Bestandteil des volkswirtschaftlichen Curriculums (Klump 2013; Fritsch 2014; Breyer und Kolmar 2014). Und in der volkswirtschaftlichen Teildisziplin „Finanzwissenschaft“ (engl. Public Finance), die sich u. a. mit Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung öffentlicher Haushalte beschäftigt (Zimmermann et al. 2012; Brümmerhoff und Büttner 2015; Blankart 2017), wird explizit berücksichtigt, dass „der“ Staat und seine diversen Untergliederungen (Kommunen, Bundesländer, öffentliche Unternehmen usw.) vielfach selbst als Akteur am Wirtschaftsgeschehen beteiligt ist.

Auch die Politikwissenschaft beschäftigt sich – ebenfalls wenig überraschend – nicht ausschließlich mit „der“ Politik als ihrem zentralen Forschungsgegenstand, sondern berücksichtigt auch, was in „der“ Wirtschaft passiert. Beispielsweise könnte die Außenpolitik einer Regierung auch oder vor allem dadurch getrieben sein, die wirtschaftlichen Interessen des eigenen Landes bestmöglich zu verfolgen (Exporte, Ressourcensicherung etc.). Ein Krieg in einem bestimmten Gebiet der Welt kann Auswirkungen auf die Weltwirtschaft oder zumindest auf die Volkswirtschaften der am Krieg beteiligten Länder haben. Oder, um ein weiteres Beispiel zu nennen, politische Entscheidungen könnten durch Wirtschaftsinteressen (z. B. durch Lobbying seitens der Automobil-, Rüstungs-, Atomindustrie) beeinflusst sein. Wer das alltägliche politische Geschehen verfolgt, der wird schnell auf konkrete Fallbeispiele stoßen, in denen „die“ Politik „die“ Wirtschaft beeinflusst – und umgekehrt (und oftmals beides gleichzeitig).

Die meisten Politikwissenschaftler werden heutzutage standardmäßig die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass bei ihrer Analyse bestimmter politischer Sachverhalte (etwa Umwelt-, Migrations-, Kulturpolitik) selbstverständlich auch wirtschaftliche Einflussfaktoren eine mehr oder minder wichtige Rolle spielen könnten. Zudem gibt es zahlreiche Beiträge zur politikwissenschaftlichen Teildisziplin der Politikfeld-Analyse bzw. Policy-Forschung, die explizit das Politikfeld „Wirtschaftspolitik“ untersuchen (z. B. Braun und Giraud 2014; Zohlhöfer et al. 2015; Dümig 2015; Buhr und Schmid 2016a, b). Darüber hinaus bieten politikwissenschaftliche Institute an Hochschulen in Deutschland, Großbritannien, den USA und anderen Ländern unter Labeln wie „Politik und Wirtschaft“, „Politische Ökonomie“ oder „Political Economy“ Studiengänge an, die sich explizit der Analyse des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft widmen. In den Curricula anderer politikwissenschaftlicher Studiengänge sind „Politik und Wirtschaft“, „Politische Ökonomie“ oder „Political Economy“ oft zumindest als Teilfächer vertreten.

In jedem Fall kann hier festgehalten werden, dass sich das Fach „Politik und Wirtschaft“ (oder auch: „Politische Ökonomie“, „Political Economy“) inzwischen als Subdisziplin der Politikwissenschaft etabliert hat. Dies kommt insbesondere auch dadurch zum Ausdruck, dass Politikwissenschaftler eine Reihe von Lehrbüchern zu dieser Subdisziplin vorgelegt haben (siehe z. B. Obinger et al. 2003; Weingast und Wittman 2008; Müller und Sturm 2010; Zohlnhöfer und Dümig 2011; Buhr et al. 2013; Schmid und Buhr 2015). Zudem liegen einige Lehrbücher vor, die unter der Überschrift „Internationale Politische Ökonomie“ oder „Globale Politische Ökonomie“ in Rechnung stellen, dass es heutzutage kaum noch Länder geben dürfte, die dem volkswirtschaftlichen Lehrbuch-Fall einer „geschlossenen *Nationalökonomie*“ entsprechen. Mit anderen Worten, in politikwissenschaftlichen Lehrbüchern und Analysen wird seit geraumer Zeit auch berücksichtigt, dass das in einem Land auf (sub-)nationaler Ebene beobachtbare Verhältnis von Politik und Wirtschaft auch durch externe, ausländische Faktoren beeinflusst sein kann (siehe z. B. Bieling 2011; Schirm 2013; Ravenhill 2016). Gleichwohl werden viele Wirtschaftswissenschaftler an dieser Stelle einwenden, dass dieser offensichtliche und triviale Tatbestand auch Ökonomen nicht entgangen ist (vgl., neben vielen anderen, z. B. Ricardo 1817/2004; Lorz und Siebert 2014; Krugman et al. 2015).

Die einleitenden Ausführungen sollten deutlich gemacht haben, dass – bei allen in diesem Buch noch zu diskutierenden (vermeintlichen) Unterschieden – Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften eine fundamentale Gemeinsamkeit aufweisen: in beiden Disziplinen dürfte unter den jeweiligen Fachvertretern gegenwärtig ein breiter Konsens dahingehend herrschen, dass es oftmals verkürzt und wissenschaftlich unredlich wäre, wirtschaftliche (oder politische) Phänomene ohne den Einbezug möglicher politischer (oder wirtschaftlicher) Einflussfaktoren zu untersuchen. Die Berücksichtigung und Analyse des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft ist somit ein Teilbereich, der sowohl in der Politikwissenschaft als auch in den Wirtschaftswissenschaften inzwischen einen breiten Raum einnimmt.

3 Zweck dieses Handbuchs: Integrativer Ansatz

Zum Themenkomplex „Politik und Wirtschaft“ ist vor und nach Smith (1776/2015) sehr viel geschrieben worden. Angesichts der Vielzahl an bereits vorliegenden (Lehr-)Büchern und Übersichtsaufsätzen ist die Frage, warum hier ein weiteres Übersichtswerk zu diesem Themenkomplex vorgelegt wird, somit mehr als berechtigt. Wie im vorhergehenden Abschnitt gezeigt, gibt es eine Reihe von Lehrbüchern, die Studierende der Volks- und Betriebswirtschaftslehre in Mikroökonomik, Makroökonomik, Finanzwissenschaft und andere Teilbereiche der Wirtschaftswissenschaften einführen (siehe Bitz et al. 2005 und Apolte et al. 2017 für einen Überblick über die verschiedenen Teilbereiche der VWL und BWL). Darüber hinaus existieren einige Lehrbücher, in denen Politikwissenschaftlern unter der Überschrift „Ökonomie für Politikwissenschaftler“ ökonomisches Grundlagenwissen vermittelt wird (siehe z. B. Konegen 1994; Zohlnhöfer und Dümig 2011; Rogall 2013; Schmid und Buhr 2015). Und schließlich gibt es einige Bücher und Übersichtsaufsätze, die

einen Überblick über das inzwischen recht weitverzweigte Forschungsgebiet der „Politischen Ökonomie“ geben (u. a. Obinger et al. 2003; Weingast und Wittman 2008; Mause 2017). In diesem Forschungsgebiet untersuchen Politikwissenschaftler und Ökonomen aus unterschiedlichen theoretischen Perspektiven und mittels verschiedener Methoden das Verhältnis von Politik und Wirtschaft.

Auffallend ist, dass die oben genannten Bücher in der Regel entweder von Politikwissenschaftlern *oder* von Ökonomen verfasst worden sind. Und auch in interdisziplinär angelegten Buchprojekten, die mit „Politische Ökonomie“ oder „Political Economy“ betitelt sind (z. B. Weingast und Wittman 2008), finden sich Beiträge von Politikwissenschaftlern (Thema XY aus politikwissenschaftlicher Perspektive) oftmals lediglich *neben* Beiträgen von Wirtschaftswissenschaftlern (Thema XY aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive). Mit anderen Worten, es wird selten versucht, beide Perspektiven in einem Beitrag zu integrieren – auch wenn einige Wissenschaftler heutzutage über Kompetenzen in beiden Wissenschaftsdisziplinen verfügen; das heißt, sowohl Politikwissenschaft als auch Wirtschaftswissenschaften studiert haben. Das vorliegende Handbuch „Politik und Wirtschaft: Ein integratives Kompendium“ betritt insofern Neuland, indem es – wie der Untertitel andeutet – explizit einen integrativen Ansatz verfolgt. In diesem Kompendium führen 40 Politik- und Wirtschaftswissenschaftler aus insgesamt 25 Hochschulen *gemeinsam* in die wichtigsten Bereiche der Politischen Ökonomie ein. Dies ist wörtlich gemeint: die einzelnen Buchkapitel – auch dieses Einleitungskapitel – werden jeweils von (mindestens) einem in dem jeweiligen Feld ausgewiesenen Politikwissenschaftler *und* (mindestens) einem Wirtschaftswissenschaftler verfasst; wobei es auch sein kann, dass einzelne Autorinnen und Autoren sowohl Politik- als auch Wirtschaftswissenschaften studiert haben.

Aber egal, wie groß die durch formale Bildungsabschlüsse dokumentierte „offizielle“ berufliche Zugehörigkeit zu den Fächern Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften auf Seiten der einzelnen Autorinnen und Autoren auch sein mag: in jedem Falle gibt das jeweilige interdisziplinäre Autorenteam gemeinsam einen systematischen und integrativen Überblick über den derzeitigen „State of the Art“ in dem jeweiligen Teilgebiet des Themenkomplexes Politik und Wirtschaft: Was können Politikwissenschaftler zu dem spezifischen Untersuchungsgebiet sagen? Was Wirtschaftswissenschaftler? Und wo liegen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Perspektiven?

Um Missverständnisse zu vermeiden, sei bereits zu Beginn klargestellt: Dieses Handbuch und die darin enthaltenen Kapitel machen die Lektüre fachwissenschaftlicher Texte zu verschiedenen Aspekten des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft sicher nicht überflüssig! Die einzelnen Kapitel geben auf – notwendigerweise – begrenztem Raum einen kompakten und integrativen Überblick über verschiedene Themenfelder innerhalb des Themenkomplexes „Politik und Wirtschaft“. Ziel der Autorenteam ist es jeweils, eine übersichtliche Struktur in mittlerweile sehr groß geratene und weitverzweigte Themenfelder zu bringen. Zudem geben die interdisziplinär besetzten Autorenteam in den einzelnen Handbuchkapiteln – als Service für Leserinnen und Leser – zahlreiche Hinweise auf weiterführende und tiefere Fachliteratur, die in der politikwissenschaftlichen und/oder wirtschaftswissenschaftli-

chen „Scientific Community“ als Standardwerke genutzt werden. Insofern versteht sich dieses Handbuch – in ökonomischer Terminologie ausgedrückt – als ein „komplementäres“ und keinesfalls als ein „substitutives Gut“, das beabsichtigt, bereits existierende Bücher zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft zu „verdrängen“ oder gar zu ersetzen. Vielmehr geht es darum, im Rahmen eines integrativen, bewusst als „joint (ad)venture“ angelegten Buchprojektes auszuloten, ob und inwieweit die integrative bzw. interdisziplinäre Analyse von Politik und Wirtschaft einen gewissen, wie auch immer gearteten Mehrwert gegenüber einer rein politik- oder wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchung produziert.

4 Struktur des Buches

Die weiteren Kapitel des vorliegenden Handbuchs gliedern sich in drei Teile. In *Teil II* „Ideen – Ordnungen – Theorien“ geben Politik- und Wirtschaftswissenschaftler einen integrativen Überblick über grundlegende Frage- und Problemstellungen, die das Nachdenken über Politik und Wirtschaft und insbesondere die Reflexion über das Zusammenspiel dieser beiden Gesellschaftsbereiche seit Jahrhunderten geprägt haben. Ausgehend von Aristoteles (384–322 v. Chr.) geben im Kapitel „Politische und ökonomische Theorie- und Ideengeschichte“ *Gary S. Schaal, Fritz Söllner* und *Alexander Stulpe* einen Überblick über die vergangenen rund 2400 Jahre an gedanklicher bzw. theoretisch-konzeptioneller Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Politik und Wirtschaft. Im Kapitel „Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen“ machen *Martin Brusis* und *Joachim Zweynert* unter anderem deutlich, dass das Zusammenspiel (i) von Angebot und Nachfrage sowie (ii) von Politik und Wirtschaft in real-weltlichen Kontexten zumeist innerhalb von Regeln – beispielsweise einer bestimmten Wirtschaftsordnung – stattfindet. Politik- und Wirtschaftswissenschaftler haben also in den vergangenen Jahrhunderten nicht nur verschiedene Theorien zum besseren Verständnis von Politik und Wirtschaft entwickelt, und sich Gedanken zu zentralen Konzepten, Leitbildern und Ideen wie z. B. Freiheit, Gleichheit, Markt, Wettbewerb usw. gemacht; sondern in beiden Disziplinen wurde auch intensiv über die Grundfrage nachgedacht und diskutiert, wie Politik, Wirtschaft und der Gesellschaft als Ganzes eine „gute“, „gerechte“, „menschenwürdige“ etc. Ordnung gegeben werden könnte. In diesem Sinne grenzen sich beispielsweise innerhalb der Wirtschaftswissenschaften Vertreter des sog. „Ordoliberalismus“ explizit von wirtschaftsliberalen Laissez-faire-Positionen ab: „Für den Bereich der Wirtschaft ergibt sich die Frage: wie kann der modernen industrialisierten Wirtschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung gegeben werden?“ (Eucken 1952/2014, S. 14; siehe auch Zweynert et al. 2016).

Aber nicht nur Ordnungsfragen treiben sowohl Politik- als auch Wirtschaftswissenschaftler seit geraumer Zeit um. Daneben beschäftigen sich beide Disziplinen mit dem Forschungsgegenstand „Institutionen“. Wenn man zum Beispiel annimmt, dass Konsumenten, Unternehmen und andere Wirtschaftssubjekte (Kirchgässner 2013; Samuelson und Nordhaus 2016), Politiker und Verwaltungsmitarbeiter (Mueller 2003; Sunken und Schubert 2017), aber auch Studierende (Styckow 2000; Mause 2008)

und andere Akteure primär eigennutzorientiert handeln, dann stellt sich die Frage, ob es unter Umständen bestimmter Institutionen bedarf (z. B. Regeln, Gesetze, Regulierungen, Verbote etc.), um das eigeninteressierte Handeln der Gesellschaftsmitglieder in gemeinwohlorientierte Bahnen zu lenken. Im Kapitel „Varianten des Institutionalismus: Sozialwissenschaftliche Institutionenanalyse“ geben *Agnes Orban*, *Jan Sauermann* und *Christine Trampusch* einen Überblick über verschiedene gesellschaftswissenschaftliche Theorien, die sich mit Institutionen, die das (eigeninteressierte) Handeln von Wirtschaftssubjekten kanalisieren (u. a. Handlungsbeschränkung; Handlungsermöglichung), auseinandersetzen.

Vor diesem Hintergrund geben die Kapitel in *Teil III* dieses Handbuchs jeweils eine integrative Einführung in zentrale Aufgabenbereiche der Wirtschaftspolitik. Im Kapitel „Allokation: Marktversagen und Staatstätigkeit“ zeigen *Karsten Mause* und *Christian Müller*, unter welchen Bedingungen es aus Sicht verschiedener politik- und wirtschaftswissenschaftlicher Theorien angebracht erscheint, dass der Staat bzw. politisch-administrative Akteure in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen, um den Austausch von Gütern und Dienstleistungen über Märkte zu verbessern bzw. überhaupt zu ermöglichen. Im Kapitel „Distribution: (Um-)Verteilungspolitik“ gehen *Jörg Althammer* und *Tanja Klenk* unter anderem auf die seit langem in Politik- und Wirtschaftswissenschaften geführte polit-ökonomische Diskussion ein, ob und inwieweit der Staat das, was im Wirtschaftssystem einer Gesellschaft erwirtschaftet wird, umverteilen sollte (z. B. Einkommens-/Vermögensumverteilung). Und im Kapitel „Stabilisierung: Konjunktur- und Wachstumspolitik“ erörtern *Albrecht F. Michler* und *Till van Treeck*, wie verschiedene polit-ökonomische Theorien verschiedene wirtschaftspolitische Instrumente beurteilen, die dazu dienen, die Wirtschaftslage zu beeinflussen bzw. zu verbessern.

Die Bereiche Allokations-, Distributions- und Stabilisierungspolitik werden in den Wirtschaftswissenschaften üblicherweise zu den klassischen Aufgabenbereichen der Wirtschaftspolitik gezählt. So spricht z. B. *Musgrave (1966)* von einer „Allokationsfunktion“, „Distributionsfunktion“ und „Stabilisierungsfunktion“ des Staates. Dementsprechend liegt, wie die o.g. Kapitel „Allokation“, „Distribution“ und „Stabilisierung“ verdeutlichen, eine umfangreiche gesellschaftswissenschaftliche Literatur zu diesem staatlichen „Kerngeschäft“ vor. Darüber hinaus haben sich Politik- und Wirtschaftswissenschaftler jedoch auch grundsätzlicher darüber Gedanken gemacht, (i) ob und inwieweit sich „die“ Wirtschaft einer Gesellschaft überhaupt durch „die“ Politik steuern lässt (Aspekt der Steuerbarkeit); (ii) ob und inwieweit die „Staatsführung“ bzw. Regierung eines Gemeinwesens überhaupt in der Lage ist, „die“ Wirtschaft zu steuern (Aspekt der Steuerungsfähigkeit); sowie (iii) ob und inwieweit wirtschaftspolitische Entscheidungsträger nicht nur kurz- und mittelfristige allokations-, distributions- und stabilisierungspolitische Erwägungen anstellen, sondern auch die langfristige bzw. zukünftige Entwicklung der Gesellschaft im Blick haben (Aspekt der Innovationsfähigkeit). Im Kapitel „Der Faktor ‚Führung‘: Unternehmerische vs. politische Führung“ geben *Manuela Glaab* und *Jochen Koch* einen Überblick über die gerade angesprochenen polit-ökonomischen Diskurse.

Bislang sind wir in diesem Einleitungskapitel implizit von einem allgemeinen und engen Verständnis von Wirtschaftspolitik ausgegangen. Demnach kann „der Staat“